

# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

März 2022

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

seit über einem Monat herrscht in der Ukraine ein dramatischer Krieg. Wir müssen alles tun, um das Leid der Menschen zu lindern und sie in dieser Not unterstützen. Mit seinen Begleiterscheinungen wie den steigenden Energiepreisen, hat der Krieg direkte Auswirkungen auf Betriebe und Bürger und wird uns alle die nächste Zeit vor große Herausforderungen stellen. In Sachsens Schulen werden demnächst ukrainische Kinder unterrichtet und die Landkreise sowie Kommunen müssen für die Unterbringung und Verpflegung tausender Menschen sorgen. Ich habe in den vergangenen Tagen mehrere Unterkünfte für geflüchtete Menschen im Landkreis Görlitz besucht. Die Hilfsbereitschaft ist sehr groß und das Engagement vieler ehrenamtlicher Menschen enorm. Wir, und vor allem die Geflüchteten, brauchen dieses Engagement. Ich danke allen von Herzen, die sich mit ihren Möglichkeiten einbringen.

Die gegenwärtigen Preissteigerungen aufgrund der geopolitischen Verwerfungen und weltweiten Preisspekulationen belasten viele Menschen und Unternehmen. Eine Entlastung von Unternehmen durch öffentliche Auftraggeber ist dringend notwendig. Ich habe mich deshalb mit einem Schreiben an Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig und somit dem zuständigen Ressort für Bauwirtschaft gewandt. Es müssen partnerschaftliche Lösungen zwischen öffentlichen Auftraggebern des Freistaates (z.B. Straßenbau) und der Kommunen gefunden werden, um Unternehmen mit dieser enormen Kostenentwicklung nicht alleine zu lassen. Damit möchte ich darauf hinweisen, dass wir die langfristigen Folgen beachten und dem Mittelstand helfen müssen.

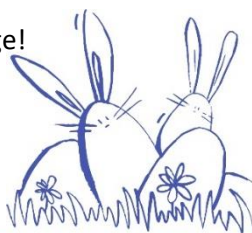
Ab dem 3. April tritt eine neue Corona-Schutz-Verordnung in Kraft. Es wurden weitere Lockerungen beschlossen. Die Maskenpflicht an Schulen und Kindertageseinrichtungen entfällt komplett und die anlasslose Testung wird nur noch bis zu den Osterferien durchgeführt. Es ist nicht länger vertretbar, dass Schulen und Kitas strengere Schutzmaßnahmen und Einschränkungen hinnehmen müssen, während im Alltag und in der Gesellschaft insgesamt die Corona-Schutzmaßnahmen wie Maske und Tests zurückgenommen werden.

Ich wünsche allen gesegnete und frohe Ostertage!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

*Stephan Meyer*



## Inhalt

### NEUES AUS DEM LANDKREIS

- Sächsische Polizei strukturiert Aus- und Fortbildung neu
- Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine und Herausforderungen im Landkreis lösen
- Powerfrau des Jahres gekürt
- 100 Mio. Euro für Autobahnen

### NEUES AUS DEM FREISTAAT

- Bewerbungsverfahren für Sächsische Landarztquote beginnt
- Sozialministerium bündelt Informationen für geflüchtete Menschen aus der Ukraine
- Entschieden Vorgehen gegen Hass und Gewaltaufrufe in multifunktionalen Messengerdiensten
- Zehn Punkte für ein sicheres Sachsen beschlossen
- Einigung bei Finanzierung des weiteren Breitbandausbaus
- 333 Vereine können Werbepartnerschaften gewinnen
- Kriminalität auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren
- Entlastung von Unternehmen durch öffentliche Auftraggeber nach unkalkulierbaren Preissteigerungen dringend notwendig!
- Deutscher Kita-Preis 2023



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

## NEUES AUS DEM LANDKREIS GÖRLITZ

### → Sächsische Polizei strukturiert Aus- und Fortbildung neu

1. März - Die Aus- und Fortbildungslandschaft der sächsischen Polizei wird neu aufgestellt. Dies geschieht auf Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei, welches am heutigen Tag in Kraft tritt.

Zentrales Element ist die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) im ostsächsischen Rothenburg. Unter ihrem Dach werden die Teilbereiche Studium und wissenschaftliche Forschung, zentrale Fortbildung sowie polizeiliche Ausbildung zusammengeführt.

Die Hochschule übernimmt ab sofort auch die Auswahl und Einstellung des Polizeinachwuchses sowie deren Personalführung. Bisher wurden diese Aufgaben von der Bereitschaftspolizei Sachsen wahrgenommen.

Mit der Umstrukturierung setzt das Sächsische Staatsministerium des Innern die konsequente Verzahnung aller Teilbereiche der polizeilichen Aus- und Fortbildung um.

Eine gute Ausbildung und ein hochwertiges Studium angehender Polizistinnen und Polizisten sind elementare Grundpfeiler für die Fortentwicklung der Polizei. Neben der Vermittlung von Fachwissen und handwerklicher Fertigkeiten ist es Aufgabe, den Polizeinachwuchs charakterlich zu formen und zu festigen. Es gilt sicherzustellen, dass die Polizei Sachsen zu jeder Zeit neutraler Garant von Recht und Gesetz ist. Lösungsansätze für die Herausforderungen der modernen Zeit kann die anwendungsbezogene wissenschaftliche Forschung ebenso bieten wie das lebenslange Lernen im Bereich der Fortbildung.

Die Inhalte und Abläufe der polizeipraktischen Ausbildung, des wissenschaftlichen Studiums sowie

der Fortbildung berufserfahrener Polizistinnen und Polizisten sollen zukünftig noch besser aufeinander abgestimmt werden. Die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) nimmt dazu ab sofort eine neue Organisationsstruktur ein. Sie umfasst zukünftig vier Abteilungen und ist an den Standorten Rothenburg und Bautzen, Schneeberg, Chemnitz und Leipzig sowie im nordsächsischen Dommitzsch verteilt.

[Weiterführende Informationen zur Hochschule der Sächsischen Polizei \(FH\)](#)

### → CDU-Verantwortungsträger: Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine und Herausforderungen im Landkreis lösen

7. März - Die Verantwortungsträger des CDU-Kreisverband Görlitz haben auf einer Konferenz im Kloster St. Marienthal in Ostritz das Kriegsgeschehen in der Ukraine verurteilt und sich klar zur Solidarität mit den Vertriebenen aus dem Land bekannt. Landrat Bernd Lange berichtete, dass der Landkreis in der Flüchtlingshilfe gut aufgestellt ist und zahlreiche Betten von Privatpersonen angeboten werden. Ministerpräsident Michael Kretschmer betonte, dass Deutschland nicht Teil des Krieges werden dürfe und eine Ausweitung vermieden werden muss. Die Partei stellt fortan eine Sammlung von Hilfsangeboten auf ihrer Homepage zusammen. Darüber hinaus wurde eine Webkonferenz mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten und Sondergesandten der Bundesregierung für Reformen in der Ukraine seit 2014, Georg Milbradt, sowie dem Koordinator für Flüchtlingsfragen im Landkreis Thomas Rublack durchgeführt.

Anlass des Zusammentreffens waren die inhaltliche Vorbereitung der anstehenden Kommunalwahlen. Ich kandidiere am 12. Juni als Landrat und betonte auf der Konferenz, dass es gerade vor Hintergrund des Krieges und den Folgen der Corona wichtig ist, unsere Herausforderungen im Landkreis Görlitz zu lösen und hier für stabile Verhältnisse zu sorgen. Es kommt jetzt



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

auf Gemeinsamkeiten an, denn die nächsten Monate und Jahre können wir nur meistern, wenn das Verbindende in unserer Gesellschaft gesucht wird und pragmatische Lösungen gefunden werden. Gemeinsam mit einem Team erfolgreicher Bürgermeister möchte ich in den kommenden Monaten auf die Menschen zugehen.

## → Anne-Kathrin Gebhardt von CDU zur Powerfrau des Jahres gekürt

8. März - Anlässlich des internationalen Frauentags hat der CDU Kreisverband Görlitz wieder die „Powerfrau des Jahres“ gekürt. Die Auszeichnung ging an Anne-Kathrin Gebhardt aus Großschönau.

Als gelernte Kinderkrankenschwester und Altenpflegerin springt sie oft für Kolleginnen und Kollegen ein, ist auch nach Feierabend für ihre Patienten erreichbar und lebt ihren Beruf schon seit fast 30 Jahren jeden Tag aufs Neue mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe, - jetzt bei den Johannitern. Frau Gebhardt ist somit beispielhaft für viele Frauen, die tagtäglich mehr leisten, als dass es Dienst nach Vorschrift wäre.

Für den Aufruf gingen viele Vorschläge ein. Die Aktion „Frauenpower - Powerfrauen“ soll sichtbar machen, was sonst vielleicht manchmal unsichtbar ist – und doch von großer Bedeutung! Neben einer Urkunde und Medaille gab es für die Preisträgerin einen Gutschein für die Zittauer Hütte in Jonsdorf.



## → 100 Millionen Euro für Autobahnen

16. März - Mehr als 100 Millionen Euro werden in diesem Jahr in den Erhalt der sächsischen Autobahnen investiert. Das Geld fließe unter anderem in acht Großprojekte, teilte die Dresdner Niederlassung der Autobahn GmbH des Bundes mit. Gebaut werde fast immer bei laufendem Verkehr.

Das meiste Geld fließt den Angaben nach mit rund 86,6 Millionen Euro in fünf Baustellen auf der Autobahn 4. Das teuerste Projekt ist mit 50 Millionen Euro eine Tunnelsanierung zwischen den Anschlussstellen Kodersdorf und Nieder Seifersdorf im Landkreis Görlitz. Die Arbeiten sollen im August starten und bis November 2025 andauern.

An vier weiteren Orten werde die Fahrbahn erneuert. Auch auf den Autobahnen 14, 17 und 72 wird an jeweils einem Streckenabschnitt die Fahrbahn erneuert. Außerdem werde der Neubau der A 72 weiter vorangetrieben und mit den Arbeiten rund um den Bau der A 14-Muldebrücke bei Grimma begonnen. Deren Fertigstellung ist für Mitte 2027 vorgesehen.

## NEUES AUS DEM FREISTAAT SACHSEN

### → Bewerbungsverfahren für Sächsische Landarztquote zum Wintersemester 2022/2023 beginnt

3. März - Am 1. April startet das Bewerbungsverfahren für die Sächsische Landarztquote zum Wintersemester 2022/2023. Erstmals werden im Freistaat Sachsen rund 40 Studienplätze für Humanmedizin an Bewerberinnen und Bewerbern vergeben, die sich gern im ländlichen Raum engagieren wollen und großes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit haben. Diese Studienplätze stehen damit außerhalb des Numerus Clausus-





# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Regimes zur Verfügung. Zur Bewerbung für ein Studium in Chemnitz, Dresden und Leipzig tragen sich alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber im Online-Bewerbungsportal der Landesdirektion Sachsen ein. Dieses Portal wird im Zeitraum vom 1. April bis 15. April 2022 freigeschaltet.

Alle erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten verpflichten sich, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin mindestens zehn Jahre als Hausärztinnen und Hausärzte in einem unterversorgten oder von einer Unterversorgung bedrohten Gebiet im Freistaat Sachsen tätig zu sein. Diese Verpflichtung wird durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abgesichert, der auch eine Vertragsstrafenregelung enthält.

Auf der Homepage der [Landesdirektion Sachsen](#) sind allgemeine Informationen zum Bewerbungsverfahren, zu den erforderlichen Bewerbungsunterlagen, zum Auswahlverfahren und dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus können alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber Anfragen zu den Anforderungen und einzureichenden Bewerbungsunterlagen per Email an [lag@lds.sachsen.de](mailto:lag@lds.sachsen.de) oder telefonisch an den zuständigen Ansprechpartner Herrn Jakob Hofmann unter 0351/ 825 2610 richten.

## → Sozialministerium bündelt Informationen für geflüchtete Menschen aus der Ukraine

10. März - Viele Ukrainerinnen und Ukrainer sind aufgrund des Krieges in ihrer Heimat gezwungen, aus ihrem Land zu flüchten. Sie fürchten um ihr Leben und bringen ihre Familie in Sicherheit. Viele Geflüchtete kommen momentan in Sachsen an. Diese benötigen Hilfe und Unterstützung bei ihrer Ankunft. Das Sächsische Sozialministerium hat daher ab sofort die wichtigsten Informationen für geflüchtete Ukrainer zusammengestellt.

Auf einer [Informationsplattform](#) sind Hinweise zu Rechtsvorschriften, zur Gesundheitsversorgung, zur Unterbringung uvm. zu finden. Zudem besteht die Möglichkeit über eine Kontaktplattform nach Angehörigen zu suchen.

## → Bundesratsinitiative: Sachsen für entschiedenes Vorgehen gegen Hass und Gewaltaufrufe in multifunktionalen Messengerdiensten

11. März - Der Freistaat Sachsen hat eine Entschließung in den Bundesrat eingebracht, die ein entschiedenes Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte in Messengerdiensten besser ermöglichen soll.

Die Initiative zielt darauf ab, klarzustellen, dass auch multifunktionale Messengerdienste wie zum Beispiel Telegram von den Regelungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erfasst sind.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist eine gute und bewährte rechtliche Grundlage, um strafbare Inhalte in sozialen Netzwerken zu bekämpfen. Der Freistaat will eine Klarstellung, dass auch multifunktionale Messengerdienste unter die Regularien des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes fallen und keine rechtsfreien Räume sind. Es geht darum, dass Hass und Hetze auch durch eine effektive Strafverfolgung insgesamt weiter zurückgedrängt werden. Denn Hasskriminalität ist Gift für unsere Demokratie und unser Zusammenleben.

Mit der Entschließung betont der Freistaat zum einen die Wichtigkeit von verschlüsselten Messengerdiensten für die vertrauliche digitale Kommunikation und den freien Austausch von Meinungen. Verwiesen wird in dem Zusammenhang auch auf die Bedeutung dieser Plattformen gerade für die Zivilgesellschaft in autoritären Staaten oder in Kriegsgebieten wie aktuell in der Ukraine nach dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf das Land.



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Zugleich wird festgestellt, dass diese Plattformen bei uns zunehmend auch für die Verbreitung von strafbaren Inhalten, von Verschwörungstheorien und Aufrufen zu Gewalt genutzt werden. Hass und Hetze führen immer häufiger zu Angriffen auch auf Personen, die Verantwortung tragen und in der Öffentlichkeit stehen. Gruppierungen vernetzen sich, es gibt massive Bedrohungen und Mordpläne.

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz stehen bereits gute Möglichkeiten zur Verfügung, um Hasskriminalität effektiv zu verfolgen und ihre Verbreitung einzudämmen. Der Freistaat erachtet es daher für sinnvoll, klarzustellen, dass auch sogenannte multifunktionale Messengerdienste unter die Regelungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes fallen. Das sind Anbieter, die neben dem individuellen Nachrichtenaustausch auch Kommunikation über offene Kanäle und sehr große offene Gruppen von teils deutlich über 10.000 Mitgliedern ermöglichen. Deren Betreiber sollen den selben rechtlichen Pflichten unterliegen wie andere Plattformanbieter. Die Anbieter solcher sozialen Netzwerke sind verpflichtet, rechtswidrige Inhalte zu löschen und den Zugang zu ihnen zu sperren.

Der Freistaat regt auch an, bei der Anwendbarkeit des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes nicht zwangsläufig auf die Gewinnerzielungsabsicht der Telemediendienste abzielen. Letztlich mache die Reichweite eines Dienstes dessen Bedeutung aus - und nicht, ob damit Gewinn erzielt werde.

Darüber hinaus will Sachsen mit der Entschließung bewirken, dass bei den Verhandlungen mit der EU zum Digital Service Act dafür Sorge getragen wird, dass eine effektive Bekämpfung von Hasskriminalität auch in einem gesamteuropäisch verbindlichen Rahmen weiterhin möglich ist.

## → Zehn Punkte für ein sicheres Sachsen beschlossen

12. März - Der Landesvorstand der Sächsischen Union hat bei einer Klausurtagung unter anderem zehn Punkte für ein sicheres Sachsen beschlossen.

In dem Beschluss ist festgehalten, dass der Einstellungskorridor in die Polizeiausbildung in Höhe von 600 Anwärterinnen und Anwärtern in den Jahren 2023 und 2024 fortgeschrieben wird. Denn jeder zusätzliche Polizist ist ein Mehr an Sicherheit in unserem Land.

Mit Sorge ist zu beobachten, wie Beleidigungen und Angriffe auf Polizisten zunehmen. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten sind Angriffe auf uns alle und unsere Freiheit. Darum setzt sich die Sächsische Union für eine Erhöhung der Mindeststrafe bei tätlichen Angriffen auf Polizisten oder andere Amtsträger auf sechs Monate Haft ein.

Ein wirksames Mittel zum Schutz der Polizisten ist die Bodycam, die mit dem neuen Polizeigesetz eingeführt wurde. Sie erhöht die Hemmschwelle für Gewalt gegen Polizisten und verbessert die Beweissicherung bei Strafverfolgung. Die Bodycam soll daher als Grundausstattung im Streifendienst der sächsischen Polizei eingeführt werden.

Ich habe bei der Klausur des CDU-Landesvorstandes für den Beschluss gestimmt. Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor und muss daher politische Priorität haben. Die Videoüberwachungstechnik an den Grenzübergängen im Stadtgebiet Görlitz und die im Landkreis eingesetzte mobile Technik zeigen positive Wirkungen und helfen, Straftäter dingfest zu machen. Ich habe mich in den vergangenen Jahren für deren Anschaffung beim Freistaat eingesetzt und sehe die Ausweitung auf weitere Standorte entlang der Grenze als notwendig an. Die CDU wird sich im kommenden Doppelhaushalt für weitere Mittel stark machen.

Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ist auch im Beschluss ein wichtiges



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Anliegen, denn in einem gemeinsamen Europa dürfen Grenzen keine Schutzzräume für Straftäter sein. Sicherheit und Freizügigkeit gehören zusammen. Darum muss die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität weiter verstärkt und verbessert werden. Der Zusammenarbeit mit den tschechischen und polnischen Partnern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Weiter gestärkt werden soll auch die Digitalisierung in der sächsischen Polizei. Leistungsfähige digitale Führungs- und Einsatzmittel sind neben ausreichend Personal wichtig für die Kriminalitätsbekämpfung von morgen. Darüber hinaus erhöhen mobile digitale Endgeräte die Vernetzung.

Ein wichtiges Einsatzmittel sind Polizeihubschrauber. In den nächsten Jahren werden drei neue und leistungsfähige, multifunktionale Hubschrauber der 4-Tonnen-Klasse angeschafft und so die gesamte Flotte der Polizei erneuert. Mit dem neuen Fluggerät können nicht nur klassische polizeiliche Aufgaben

bewältigt werden, sondern es können auch die Feuerwehren bei der Waldbrandbekämpfung zum Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen wirksam unterstützt werden.

Ein weiterer Punkt im Beschluss ist die Prävention. Die Allianz sicherer sächsischer Kommunen (ASSKom) wächst und die Einrichtung weiterer kommunalpräventiver Räte werden auch weiterhin fachlich und finanziell tatkräftig unterstützt. So kann wirksam Kriminalität vor Ort verhindert und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.

Sichtbare Sicherheit im ganzen Land ist das Ziel der Sächsischen Union. Die 401 Bürgerpolizisten, welche in Sachsen tagtäglich unterwegs sind, schaffen Vertrauen und kümmern sich vor Ort um die vielfältigen Belange der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Sicherheit. Von diesen bürgernahen Ansprechpartnern und Experten muss es mehr in den Revieren geben. Sprechstunden auf der Straße und in

den Rathäusern schaffen so Sicherheit zum Anfassen vor Ort.

Hass und Hetze im Netz sowie schlimmste Straftaten wie Kinderpornografie bedrohen die Sicherheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dem muss man sich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenstellen. Dafür werden dem Landeskriminalamt und den Polizeidirektionen die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt, insbesondere mehr Personal und auch intelligente Systeme. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.

## → Regierung einigt sich bei Finanzierung des weiteren Breitbandausbaus

15. März - Eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarken Glasfasernetzen, die allen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen, ist die Basis für eine erfolgreiche Umsetzung digitaler Möglichkeiten in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft in Stadt und Land. Der Ausbau ist deshalb eines der Hauptanliegen der Sächsischen Staatsregierung. Das Kabinett hat sich verständigt, die Förderung von Breitbandanschlüssen auszuweiten.

Neben der Deckung eines erhöhten Mittelbedarfs zur Durchführung des Weiße-Flecken-Programms werden nun auch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Erschließung der sogenannten Grauen Flecken bereitgestellt. Graue Flecken sind alle Anschlüsse, denen im Download weniger als 100 Mbit/s zuverlässig zur Verfügung stehen. Im Programm zur Förderung von Weißen Flecken liegt die sogenannte Aufgreifschwelle bei 30 Mbit/s.

Erfolgreiche Digitalisierung setzt schnelle Leitungen voraus. So leistet der Freistaat einen wichtigen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Insgesamt werden gemeinsam mit den Kommunen 436,5 Millionen Euro bereitgestellt.





# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Allein im vergangenen Jahr wurden 50,9 Millionen Euro an Fördergeld ausgezahlt. Insgesamt sind in Projekten des Weiße-Flecken-Programms gut 730 Mio. Euro an Landesmitteln gebunden. Hinzu kommen noch einmal fast 1,32 Milliarden Euro Bundesmittel. Rund zwei Drittel der sächsischen Projekte haben die Vergabeverfahren abgeschlossen und den Ausbau gestartet. Etwa 330.000 Haushalte, öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser sowie Unternehmen werden so mit schnellem Internet versorgt.

## → 333 Vereine können Werbepartnerschaften im Wert von 2.500 Euro gewinnen

16. März – „So geht sächsisch.“ und der Landessportbund Sachsen (LSB) starten ab dem 18. März eine weitere Runde im Wettbewerb für die sächsischen Vereine aus dem Breitensport. Ministerpräsident Michael Kretschmer hat dazu gemeinsam mit Christian Dahms, Generalsekretär des Landessportbundes, den symbolischen Startschuss beim Training der Kanuten des SG LVB e.V. in Leipzig gegeben. Der Verein hatte bereits beim vergangenen Wettbewerb 2019 teilgenommen und will sich nun erneut bewerben.

Gesucht werden bis zum 30. April insgesamt 333 Sportvereine und deren Abteilungen, die unter dem Motto „So geht sächsisch. - Im Sport“ den organisierten Sport in Sachsen, insbesondere während der Corona-Pandemie und in der jetzigen Phase des Re-Starts, durch besonderes Engagement erhalten und durch vielfältige Angebote repräsentieren.

Aufgabe ist es, ein kreatives Element zum Fotowettbewerb „Wir sind noch da!“ zu entwickeln und zusammen mit dem ausgefüllten Antragsformular an den LSB zu übermitteln. Egal ob beim aktiven Sporttreiben oder beim Ausüben eines Ehrenamtes: Gesucht wird ein generationen-übergreifendes Bild der jüngsten und ältesten Vereinsmitglieder.

Die Gewinnvereine des Wettbewerbs erhalten für ihre satzungsgemäße Vereinsarbeit jeweils einen Kooperationsbetrag in Höhe von 2.500 Euro. Die öffentlichkeitswirksame Logopräsentation der Kampagne „So geht sächsisch“ wird erfolgswirksam vorausgesetzt.

### Zielstellung des Wettbewerbs

- Unterstützung der Mitgliedergewinnung und -bindung unserer Sportvereine beim Neustart nach der Corona-Pandemie
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements und Würdigung des besonderen Engagements während der Corona-Pandemie
- Unterstützung der sozialen Funktionen der Sportvereine, Präsentation der Vereine als wichtiges Bindeglied in der sächsischen Gesellschaft als sozialer Kitt
- Flächendeckende Darstellung der Vielfältigkeit der sächsischen Sportlandschaft
- Sportvereine als aktive Botschafter des Freistaates Sachsen

### Zielgruppe

- aktive sächsische Sportvereine mit einem regelmäßigen und qualitativen Übungs- und Trainingsbetrieb (Übungsgruppen und lizenziertes Anleitungspersonal)
- Vielfalt an Sportarten und hoher Anteil an Kinder- und Jugendlichen sowie Sporttreibenden über 60 Jahre
- besonders engagierte Stützpunktvereine in den Projekten des Landessportbundes Sachsen

### Grundvoraussetzungen

- antragstellende Sportvereine müssen zum 31.01.2022 ordentliches Mitglied im Landessportbund Sachsen sein
- Umsetzung von „So geht Sächsisch“-Designelementen, sowohl digital als auch analog
- aktive sächsische Sportvereine mit einem regelmäßigen und qualitativen Übungs- und Trainingsbetrieb (Übungsgruppen und lizenziertes Anleitungspersonal)
- Vielfalt an Sportarten und hoher Anteil an Kinder-



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

und Jugendlichen sowie Sporttreibenden über 60 Jahre  
- besonders engagierte Stützpunktvereine in den Projekten des Landessportbundes Sachsen

[Weitere Informationen zum Wettbewerb und zu den Anträgen](#)

## → Kriminalität auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren – Aufklärung steigt.

22. März - Die registrierte Kriminalität in Sachsen geht im Jahr 2021 um fast 10 Prozent auf insgesamt 246.615 Straftaten zurück. Die Aufklärungsquote liegt bei knapp 60 Prozent der Fälle und ist somit die höchste seit 10 Jahren. Das ist eine positive Entwicklung und ein Erfolg, der auch auf die engagierte Arbeit der sächsischen Polizei zurückzuführen ist und Beleg dafür, dass die Schwerpunkte bei der Kriminalitätsbekämpfung richtig gesetzt wurden und die Maßnahmen wirken. Sachsen bleibt ein sicheres Bundesland. Das liegt nicht nur an Corona. Die Kriminalität in Sachsen sinkt insbesondere seit 2018. Aber auch wenn Sachsen sicherer geworden ist, machen Sachsens Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner insbesondere die steigenden Straftaten im digitalen Raum Sorge – in einer vermeintlichen Anonymität, die Täter zu schützen scheint. Es gibt im Freistaat Sachsen aber keine rechtsfreien Räume, auch nicht im digitalen Raum.

Bezogen auf die Kriminalitätsstruktur werden zum Teil erhebliche Verschiebungen innerhalb einzelner Deliktsbereiche und in den digitalen Raum festgestellt. Während Diebstahl insgesamt, insbesondere Wohnungseinbruchdiebstähle, Diebstähle von Kraftwagen, aber auch Fahrrad- und Ladendiebstähle abnahmen, stiegen die Fallzahlen etwa bei dem Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse, Bedrohungen, sowie Rauschgiftdelikten an. Es ist davon auszugehen, dass die festgestellten Verschiebungen vor allem im

Kontext mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie entstanden sind.

Zudem haben sich die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit dem Tatmittel Internet sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erhöht. Hier gab es 2021 eine erhebliche Zunahme von Fällen im Bereich der Kinderpornografie.

Auch in diesem Jahr stehen steht die sächsische Polizei weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Pandemie ist noch nicht besiegt und die Auswirkungen des Ukraine Krieges sind noch nicht absehbar. Vor allem vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind die steigenden Fallzahlen im Bereich Widerstand gegen bzw. Angriffe auf die Staatsgewalt besorgniserregend. Es ist nicht hinnehmbar, dass Polizistinnen und Polizisten bei der Ausübung ihrer Arbeit attackiert werden. Dagegen wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen.

## Wohnungseinbrüche um fast ein Drittel zurückgegangen

Die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle in Sachsen ist im letzten Jahr um 30 Prozent zurückgegangen und befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit zehn Jahren. Im vergangenen Jahr sind in Sachsen 1.977 Wohnungseinbruchdiebstähle registriert worden; 2020 waren es noch 2.831. Der Anteil der versuchten, aber erfolglosen Wohnungseinbrüche lag wie bereits im Vorjahr bei rund 43 Prozent. Diese Quote ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die präventiven Maßnahmen – einschließlich der Förderprogramme von Bund und Freistaat – für mehr Einbruchschutz zunehmend greifen. Die Aufklärungsquote ist 2021 erneut gestiegen - auf 30,9 Prozent und damit um knapp fünf Prozentpunkte.

## Kfz-Diebstähle nahmen weiter ab

Allein im vergangenen Jahr gab es einen Rückgang um rund fünf Prozent auf 1.443 Fälle. Das sind 74 Kraftwagen-Diebstähle weniger als im Jahr 2020. Mindestens jeder dritte Diebstahl (38 Prozent der





# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Fälle) wurde durch die Polizei aufgeklärt. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt das Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der sächsischen Polizei seit vielen Jahren und ein kontinuierlicher Trend. So haben sich die Fallzahlen seit 2016 halbiert. Neben der SoKo-Kfz haben auch die Gemeinsamen Fahndungsgruppen mit der Bundespolizei, die Fahndungs- und Kompetenzzentren sowie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Polen und Tschechien positiv zu dieser Entwicklung beigetragen.

## Anstieg bei Cybercrime

Die Zunahme der Straftaten mit dem Tatmittel Internet und/oder IT-Geräte um 22,2 Prozent (2021: 13.156 Fälle, 2020: 10.770 Fälle) ist insbesondere auf den Onlinehandel zurückzuführen, der durch die Corona-Pandemie enorm zugenommen hat. Bei fast der Hälfte aller Fälle handelte es sich um Straftaten des Waren-/Warenkreditbetruges.

Im März 2021 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder beschlossen. Durch eine deutliche Verschärfung des Strafrechts, effektivere Strafverfolgungsmöglichkeiten sowie Stärkungen der Prävention und der Qualifikation in der Justiz werden Kinder so besser vor Missbrauchstaten geschützt. Die Fallzahlen in diesem Deliktsbereich sind in 2021 erheblich angestiegen. Wurden 2020 insgesamt 792 Fälle der Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von kinderpornografischen Schriften registriert, waren es im Jahr 2021 bereits 1.803 Straftaten. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend.

## Gewaltkriminalität geht zurück

Die Anzahl der Gewaltdelikte ging im Jahr 2021 um ca. acht Prozent auf 6.939 Fälle zurück (2020: 7.569 Fälle). Die Aufklärungsquote lag wie im Vorjahreszeitraum bei rund 81 Prozent. Besonders bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten gingen hier die Fallzahlen (5.297) gegenüber dem Vorjahr (2020: 5.755) deutlich zurück. Das dürfte auch auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie zurückzuführen sein, weil es

keine Volksfeste und anderen Events mit vielen, teil alkoholisierten, Besucherinnen und Besuchern gab.

## Häusliche Gewalt leicht rückläufig

Die Anzahl der Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, also sexuelle, physische und/oder psychische Gewalt in der häuslichen Gemeinschaft, sind im Jahr 2021 auf 9.020 Fälle gesunken. Im Jahr zuvor waren es 9.235 Fälle. Dabei bildeten Fälle im Bereich der Körperverletzungen (5.532) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (2.138) den Schwerpunkt. In den meisten Fällen häuslicher Gewalt waren ehemalige Partner (2.766), Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften (1.753) und Ehepartner (1.453) die Täter.

## Anzahl der Rauschgiftdelikte angestiegen

Die Anzahl der Rauschgiftdelikte stieg 2021 um knapp zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2021 wurden 14.400 Delikte registriert (2020: 14.149). Während die Zahlen bei Crystal, welche zuvor seit 2014 stetig rückgängig waren, in 2020 und 2021 wieder anstiegen (in 2021 um vier Prozent), blieb in 2021 die Anzahl der Delikte im Zusammenhang mit Cannabisprodukten wie Marihuana oder Haschisch nahezu konstant. Die Zunahme der Fallzahlen resultiert aus verstärkten Kontrollen der Polizei Sachsen auch im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen sowie aus mehr Feststellungen der Zollbehörden am Leipziger Flughafen.

## Grenzkriminalität mit leichtem Rückgang

22. März - In den Gemeinden entlang der sächsischen Außengrenze zu Tschechien und Polen wurden im vergangenen Jahr 15.356 Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) registriert. Ein Jahr zuvor waren es 16.632 Fälle. Besonders häufig wurden an der Grenze Diebstähle (33 Prozent), Sachbeschädigungen (zwölf Prozent), Betrugsdelikte (neun Prozent) und Körperverletzungen (neun Prozent) begangen. Entlang der 582 Kilometer Außengrenze gibt es 46 sächsische Gemeinden mit Grenzbezug, davon liegen 39 an der tschechischen



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Grenze. Hier ging die Kriminalität um drei Prozent zurück. Sieben Gemeinden liegen an der polnischen Außengrenze. In diesen sank die Kriminalität in 2021 um mehr als elf Prozent, was unter anderem auf den Einsatz von Videosicherheitstechnik, die Einrichtung der Sonderkommission „Argus“ in der Polizeidirektion Görlitz sowie erhöhte Kontrollaktivitäten und die gute Zusammenarbeit mit den tschechischen und polnischen Behörden zurückzuführen ist.

## Zahl der Straftaten durch Zuwanderer erneut zurückgegangen

Zuwanderer verübten im vergangenen Jahr sieben Prozent weniger Straftaten. Es wurden insgesamt 14.594 Fälle (ohne ausländerrechtliche Delikte) erfasst (2020: 15.631 Fälle). Hierbei bildeten Ladendiebstähle (2.177), Körperverletzungen (2.360) und Beförderungserschleichungen (1.733) den Schwerpunkt. Der Gesamtanteil der Zuwanderer an allen erfassten Tatverdächtigen lag 2021, wie im Jahr 2020, weiter unter zehn Prozent. Rund 43 Prozent aller durch Zuwanderer begangenen Straftaten wurden durch mehrfach/intensiv tatverdächtige Zuwanderer (MITA) verübt. Im vergangenen Jahr haben 1.212 MITA insgesamt 6.230 Straftaten begangen. Besonders häufig wurden Staatsangehörige aus Syrien, Afghanistan, Georgien, Libyen und Tunesien als MITA ermittelt. Hervorzuheben ist, dass sich aufgrund der täterorientierten Bearbeitung im vergangenen Jahr 256 MITA in Haft befanden und 199 zur Verhaftung ausgeschrieben waren. Trotz der zeitweisen Aussetzung der Abschiebungen konnten im vergangenen Jahr 58 MITA abgeschoben werden.

## Tatverdächtige insgesamt

Die sächsische Polizei ermittelte im vergangenen Jahr 83.327 Tatverdächtige (ohne ausländerrechtliche Verstöße), das waren ca. sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (17.502) lag, wie im Jahr zuvor, bei rund 21 Prozent. 7.071 der nichtdeutschen Tatverdächtigen waren Zuwanderer.

## Politisch motivierte Kriminalität (PMK) auf neuem Höchststand

Die politisch motivierten Straftaten haben 2021 einen neuen Höchststand mit 4.796 Fällen erreicht und sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 18 Prozent gestiegen. Ursächlich dafür sind insbesondere Straftaten im thematischen Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der Bundestagswahl, die überwiegend keinen klaren Phänomenbezug aufweisen. Allein 1.366 Fälle der politisch motivierten Kriminalität standen im Zusammenhang mit der CoronaPandemie. Anlässlich der Bundestagswahl wurden 713 Fälle registriert.

Von den politisch motivierten Straftaten entfielen 1.878 Straftaten auf den Phänomenbereich -rechts- und machen somit weiterhin einen Großteil der Gesamtfälle aus. 1.113 Straftaten waren dem Phänomenbereich -linkszuzuordnen.

Im Phänomenbereich -nicht zuzuordnen- wurde ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen registriert. Mit 1.752 Fällen haben sich die Zahlen mehr als verdoppelt. Besorgniserregend ist in diesem Bereich die hohe Anzahl von 1.251 Fällen an Konfrontationsdelikten gegen den Staat und seine Einrichtungen. Derartige Delikte haben sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht. Die Hauptgründe für diesen Anstieg sind Straftaten im Zusammenhang mit der Coronapandemie (1.139 Fälle) und anlässlich der Bundestagswahl (221 Fälle).

Die Aufklärungsquote der politisch motivierten Straftaten lag bei mehr als 36 Prozent. (2020: 42,2 Prozent). Politisch motivierte Gewaltdelikte sind im vergangenen Jahr um zwei Prozent angestiegen (2021: 374 Fälle, 2020: 366 Fälle). Insgesamt konnten in diesem Bereich etwa zwei Drittel aller Taten aufgeklärt werden.

## Kampf gegen Hasskriminalität

Die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte zeigt sich auch bei der Entwicklung der Hasskriminalität. Die Fallzahlen sind mit insgesamt 664 Fällen gegenüber



# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

dem Vorjahr noch einmal angestiegen (2020: 578 Fälle). Der überwiegende Teil ist der PMK -rechts-zuzuordnen. Ein deutlicher Anstieg war 2021 mit 213 Fällen bei politisch motivierten Hasspostings im Internet zu verzeichnen (2020: 176 Fälle).

Kriminalität gegen Amts- und Mandatsträger zeitweise hoch

Die Fallzahlen politisch motivierter Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger sind im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich gestiegen (2021: 285 Fälle, 2020: 168 Fälle). Die Ursachen dafür werden insbesondere in den Protesten gegen Corona-Schutzmaßnahmen gesehen.

## → Entlastung von Unternehmen durch öffentliche Auftraggeber nach unkalkulierbaren Preissteigerungen dringend notwendig!

30. März - Die Belastung vieler Menschen und Unternehmen durch gegenwärtige Preissteigerungen aufgrund der geopolitischen Verwerfungen und weltweiten Preisspekulationen sowie Gespräche mit mehreren betroffenen Unternehmen haben mich dazu bewegt, mich mit einem Schreiben an Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig zu wenden.

Insbesondere in der Bauwirtschaft befinden sich vor allem kleine und mittelständische Firmen in einer teilweise Existenz gefährdenden Lage, die nicht mit unternehmerischem Risiko zu begründen ist. So gehen die Preissteigerungen im Energie- und Kraftstoffbereich für Logistik und Baumaschinen sowie die Materialpreissteigerungen weit über das Normalmaß und konnten bei Auftragsabschluss in dieser Dimension nicht berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere im Bereich des kommunalen und Staatsstraßenbaus, wo eine Bevorratung mit Schüttgütern und anderen Materialien auch keine praxiserichte Option wäre. Darüber hinaus verzögern die gestörten weltweiten Logistikketten vereinbarte Fertigstellungstermine im Hochbau und ziehen ebenfalls Kostensteigerungen nach sich.

Diese Entwicklungen sind nicht durch die betroffenen Unternehmen zu verantworten und nur in sehr geringem Maße durch diese beeinflussbar. Aus meiner Sicht ist es im öffentlichen Interesse, gemeinsame Lösungen mit den Unternehmen zu finden, um deren Existenz und damit regionale Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern. Die öffentliche Hand hat als Auftraggeber hierbei eine besondere Verantwortung für öffentliche Investitionsvorhaben und muss sich dieser Thematik annehmen.

Er ersucht den Wirtschaftsminister Dulig daher dringend, innerhalb der Staatsregierung und mit dem Bund Lösungen zu finden, um eine zeitnahe Entlastung gemeinsam mit den Kommunen herbeizuführen. Darüber hinaus wäre der Landtagsabgeordnete dankbar, wenn das Wirtschaftsministerium ihm vorhandene Instrumente zur Liquiditätssicherung aufzeigen könnte, um kurzfristig Perspektiven aufzuzeigen und einen generellen Umgang mit diesen Rahmenbedingungen für die Zukunft festzulegen.

## → Deutscher Kita-Preis 2023 - Jetzt registrieren und mit der Bewerbung loslegen

Deutschlandweit gibt es viele Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, die eine hervorragende Arbeit leisten und eine Auszeichnung verdient haben. Deswegen vergeben das Bundesfamilienministerium und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit weiteren Partnern auch 2023 wieder den Deutschen Kita-Preis. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 130.000 Euro dotiert. Kitas und lokale Bündnisse können bereits mit ihrer Bewerbung loslegen. Zudem kann jeder ab sofort Einrichtungen der frühkindlichen Bildung vorschlagen und sie so zu einer Bewerbung motivieren.

Schon jetzt mit der Bewerbung starten

Kitas und lokale Bündnisse können sich ab sofort registrieren. Im [Online-Portal](#) sehen sie die





# BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

*Stephan Meyer*



Weil wir hier leben wollen.

Bewerbungsfragen, können mit der Erstellung ihres Motivationsschreibens beginnen und den Bearbeitungsstand jederzeit abspeichern. Während des Bewerbungszeitraums, 16. Mai bis 15. Juli, müssen sie dann nur noch auf den Absende-Button klicken.

## Kita oder lokales Bündnis empfehlen

Jede und jeder – von zufriedenen Eltern über begeisterte Menschen aus der Nachbarschaft bis hin zu wertschätzenden Politikerinnen und Politikern – kann Einrichtungen und Initiativen für die Auszeichnung unter [www.deutscher-kita-preis.de/zur-empfehlung](http://www.deutscher-kita-preis.de/zur-empfehlung) vorschlagen. Das Team des Deutschen Kita-Preises kontaktiert alle empfohlenen Einrichtungen persönlich und berät sie beim Erstellen ihrer Bewerbung. Selbst wenn die vorgeschlagenen Kitas und lokalen Bündnisse sich zum Schluss nicht beim Deutschen Kita-Preis bewerben, ist jede Empfehlung ein Zeichen des Danks und der Bestätigung ihrer herausragenden Arbeit.

## Das ist der Deutsche Kita-Preis

Die Auszeichnung wird in den Kategorien „Kita des Jahres“ und „Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres“ verliehen. Für die beiden Erstplatzierten jeder Kategorie gibt es jeweils 5.000 Euro Preisgeld, für jeweils vier weitere Preisträger 10.000 Euro. Insgesamt ist der Deutsche Kita-Preis mit 130.000 Euro dotiert. Gesucht werden Kitas und lokale Bündnisse, die sich kontinuierlich für gute Qualität in der frühen Bildung engagieren und dabei das Kind in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Zudem spielen Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern sowie die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort bei der Auswahl der Preisträger eine wichtige Rolle.

## → Bürgersprechstunde

Ich möchte Sie gern einladen, mit mir ins Gespräch zu kommen. Nur durch den Dialog miteinander, können wir etwas gemeinsam voranbringen. Ich kann

sicherlich nicht alle Probleme lösen und dem ein oder anderen hilft es, wenn ich einfach ein offenes Ohr habe und zuhöre. Ich bin bemüht, dass mir Mögliche für unsere Region und für die Menschen, die hier leben zu bewegen.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am **25. April 2022**, von **11:30 – 13:30 Uhr** in meinem Wahlkreisbüro, Bautzner Straße 2 in Zittau statt.

Darüber hinaus sind natürlich auch individuelle Termine möglich.

Bitte melden Sie sich in meinem Büro an, unter: 03583 790140 oder [stephan.meyer@slt.sachsen.de](mailto:stephan.meyer@slt.sachsen.de)

